



Resolution (Beschluss) der Teilnehmenden des Fachtags des Bremer AK Protest am 2. Dezember 2022 zum Thema: „Behinderung und Armut“

Die Teilnehmenden dieses Fachtages begrüßen, dass die Bundesregierung sich endlich dazu durchringen konnte, die eine oder andere Entlastung zu beschließen.

Wir finden es gut, dass als kurzfristige Maßnahme für die Heizperiode von September bis Dezember 2022 einmalig ein weiterer Heizkostenzuschuss an die Bezieherinnen und Bezieher von Wohngeld gezahlt werden soll. Danach werde der Zuschuss für die Wohngeldberechtigten dauerhaft in das Wohngeld integriert. Bisher wird die Kaltmiete bezuschusst, künftig die Warmmiete.

Dass diese aber bei weitem nicht reichen, haben die Berichte Betroffener auf unserer Fachtagung verdeutlicht. Was die Menschen in den letzten Monaten besonders verunsichert hat und bis zum heutigen Tage verunsichert, ist, dass es immer wieder verschiedene Ankündigungen von Plänen, Entwürfen etc. gab. Die Menschen wussten nicht mehr, mit was sie in Zukunft rechnen können, bzw. ob und welche Entlastungen es geben wird. Hier bewahrheitet sich: Gut gedacht ist nicht gut gemacht. Unser Appell: Kommunizieren Sie geplante Erleichterungen und die in einem Entscheidungsprozess immer durchaus möglichen Veränderungen in einer Weise, die Menschen nicht verunsichert und die nicht anderen Verlautbarungen widerspricht.

Uns ist klar, dass die Regierung nicht über unbegrenzte Finanzmittel verfügt. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Entlastungen ausgewogen und durchdacht zu verteilen. Darum finden wir es sinnvoller, wenn Menschen mit hohem Einkommen weniger staatliche Mittel bekommen. Auch wenn es für die entsprechenden Behörden einen Mehraufwand bedeutet, sollte man Entlastungen nach Einkommensstufen gewähren.

Die Teilnehmenden kritisieren, dass weder Gelder für sozialbenachteiligte Menschen – unabhängig einer Behinderung – noch für die Finanzierung von Krankenhäusern zur Verfügung stehen; aber der Rüstungshaushalt mit zusätzlichen 100 Milliarden Euro aufgestockt wurde.

Wir fordern, dass auch die Sozialverbände bei den Überlegungen und Entscheidungen hinzugezogen werden und den Betroffenen – z. B. durch die Vertretungen der verschiedenen Behindertenverbände - Gehör verschafft werden, denn sie sind die Experten ihrer Lebenssituation.

Die Teilnehmenden des Fachtags Behinderung und Armut fordern:

Stoppt die Armut von Menschen mit Behinderungen, u. a. durch

- die noch in diesem Jahr zu gebende verbindliche Zusage der Bundesregierung, dass es aufgrund der durch die Energiekrise stark gestiegenen Energiepreise und die hohe Inflationsrate zu keiner Zwangsräumung des Wohnraums kommt

- dass es aufgrund der durch die Energiekrise stark gestiegenen Energiepreise und die hohe Inflationsrate nicht zu einer Energiesperre kommt.
- die Einrichtung eines Bremer Notfallfonds, um Energiesperren zu verhindern.
- Erhöhung des Bürgergeldes von den geplanten 502 Euro auf mindestens 725 Euro.
- Sicherungsschirme für die Heime aller Art, damit diese nicht durch die aufgrund der Energiekrise stark gestiegenen Energiepreise und die hohe Inflationsrate in die Insolvenz getrieben werden und somit auch die Bewohnerinnen und Bewohner obdachlos werden.
- die Umsetzung der zugesagten Erhöhung des Wohngeldes. Dieses zu beantragen muss zum einen einfacher (unkomplizierte Antragsformulare) vonstattengehen und online, denn schon jetzt ist die Antragsstelle heillos überlastet und die Wartezeit ist unzumutbar hoch.
- höhere Übernahme von Strom- und Heizkosten von Menschen mit Behinderung, chronischen Krankheiten und pflegebedürftigen Menschen. Sie haben aufgrund von Immobilität ein höheres Kälteempfinden.
- Zuzahlungsbefreiung bei Medikamenten, medizinischen Produkten und Hilfsmitteln, denn oftmals sind zwei bzw. ein Prozent des Bruttoeinkommens nicht leistbar.
- Rentenerhöhungen müssen in derselben Höhe für alle Bezieherinnen und Bezieher aller Erwerbsminderungsrenten gelten.
- Obdach- und Wohnungslose dürfen weder vergessen noch zurückgelassen werden.
- Lebensmittelpreise müssen subventioniert werden, damit alle Menschen genug Nahrung bekommen.
- Kein Mensch darf aufgrund von Armut seiner Würde beraubt werden. Deshalb muss sichergestellt werden, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Es müssen Strukturen geschaffen werden, die verhindern, dass Armut entsteht.

Der Blick auf diesen Forderungskatalog macht deutlich, dass ein Großteil davon nicht nur Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen betrifft, sondern ganz viele Menschen, die nicht dieser Personengruppen angehören. Aus diesem Grunde ist uns besonders wichtig, dass all diese Forderungen natürlich auch alle sozial benachteiligten Menschen einschließen.

Wir fordern, dass die Bundesregierung auf allen möglichen politischen Ebenen massiv darauf einwirkt, die Energiepreise einzufrieren. Wir fordern, dass in Zukunft Getreide in Deutschland als Nahrungsmittel und nicht als Treibstoff angepflanzt wird.

Wir sagen sehr deutlich, bei aller Solidarität darf es nicht sein, dass die Menschen frieren und/oder hungern.

Da kaum noch ein Mensch erkennt, welche Regelungen und Maßnahmen der Bundesregierung tatsächlich umgesetzt werden und Gültigkeit haben, ist es besonders wichtig, dass die gültigen und geplanten Maßnahmen in allen zur Verfügung stehenden Medien in einfachen Worten und verschiedenen Sprachen erklärt werden. Wir fordern, dass kein Mensch mit den Folgen der Inflation und der Preissteigerungen allein gelassen wird, darum soll es zukünftig automatisch einen Inflationsausgleich geben.

Ein gutes Leben für alle Menschen kann nur gemeinsam und solidarisch durchgesetzt werden.

Bremen, 02.12.2022